



Festveranstaltung „20 Jahre Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt“

Festansprache des Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jörg Hacker

Magdeburg, Staatskanzlei, 03. November 2015

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

sehr geehrter Herr Minister, [Rainer Robra]

sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments, [Arne Lietz, Sven Schulze]

sehr geehrte Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt,

sehr geehrter Herr Kühnel, [Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland]

sehr geehrter Herr Wendt, [Präsident der Europäischen Bewegung Deutschland]

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Sachsen-Anhalt,

meine Damen und Herren!

[1. Einleitung, Danksagung und Gratulation]

Sehr habe ich mich gefreut, als ich vor etwa einem halben Jahr vom Präsidenten der Europäischen Bewegung Sachsen-Anhalt, Herrn Gürth, eingeladen worden bin, die Festansprache zum 20-jährigen Bestehen Ihres Verbandes zu halten. Hierfür danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Gürth, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen!

Ich gratuliere Ihnen herzlich zu zwei Jahrzehnten aktiver Mitgestaltung Europas von Sachsen-Anhalt aus. Sie wirken als weithin wahrnehmbare Fürsprecher für die ideellen und materiellen Grundlagen unseres freiheitlichen Zusammenlebens, die nur in einem europäischen Rahmen bewahrt und weiterentwickelt werden können. Rückblickend sind 20 Jahre angesichts der Geschichte Europas ein kurzer Zeitraum. Aber vorausblickend ist Ihr Engagement, meine Damen und Herren, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten von kaum zu überschätzender Bedeutung. Von der Europäischen Bewegung Sachsen-Anhalt kann in unserem

Bundesland eine starke Dynamik gegen die nationalistischen, fremdenfeindlichen und anti-aufklärerischen Tendenzen unserer Zeit ausgehen. Deshalb wünsche ich Ihnen Mut angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen, überzeugende Ideen für zukünftige Aktivitäten und viel Erfolg bei Ihrem beispielhaften Wirken in Sachsen-Anhalt.

Der Name „Europa“ wurde schon vor 2.500 Jahren von den Griechen verwendet, um den Kontinent nördlich des Mittelmeeres und des Schwarzen Meeres zu bezeichnen. Bis in die Zeit der Antike reicht auch unser kulturelles Gedächtnis zurück, dank dessen wir uns darüber verständigen, was wir in Auseinandersetzung mit unserem christlichen Erbe und unserer humanistisch-aufklärerischen Prägung heutzutage unter „Europa“ verstehen.

Unser Selbstverständnis als Europäer bezieht sich zudem auf die politische Gestalt, die Europa nach dem Zweiten Weltkrieg anzunehmen begann und die sich vor allem in Form der Europäischen Union gerade nach dem Ende des Kalten Krieges schnell weiterentwickelt hat. Darüber hinaus orientiert sich unsere europäische Identität an Idealen wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität: Sie sind mit der Idee Europas als kultureller und politischer Gemeinschaft verbunden sind, und für ihre Verwirklichung engagieren sich seit Jahrzehnten unzählige Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker. Welche Rolle gerade die Europäische Union im Kontext der globalen Staatenwelt spielen sollte – auch hierüber denken wir nach, wenn es um unser Selbstverständnis als Europäer geht.

[2. Vortragsthema]

Meine Damen und Herren,

wie kann die Wissenschaft zur Weiterentwicklung der europäischen Integration beitragen? Mit dieser Frage möchte ich mich in den kommenden Minuten auseinandersetzen. Dabei werde ich versuchen, nicht fernab der gegenwärtigen Ereignisse zu argumentieren, die von vielen Kommentatoren als krisenhaft und epochal eingestuft werden. Die Migrationsbewegungen nach Europa und insbesondere nach Deutschland rufen in diesen Tagen große Hilfsbereitschaft hervor, erfüllen viele Bürgerinnen und Bürger aber auch mit steigender Besorgnis. Ich möchte daher fragen: Was erwarten wir berechtigterweise von der Wissenschaft, wenn es darum geht, die europäische Integration angesichts ihrer größten Krise seit Jahrzehnten weiterzuentwickeln?

Die Perspektive, aus der ich Ihnen eine Antwort auf diese Frage geben werde, ist vorrangig der Blickwinkel des Präsidenten der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Unsere Akademie hat sich gewissermaßen seit ihrer Gründung im Jahre 1652 zu einer immer stärker europäisch arbeitenden Institution entwickelt: Ihre Gründer brachten die Idee einer Wissenschaftsakademie von ihren Aufhalten aus Norditalien mit, und mittlerweile können wir auf Mitglieder wie Charles Darwin, Marie Curie und Niels Bohr stolz sein. Als älteste kontinuierlich bestehende Wissenschaftsakademie der Welt ist die Leopoldina

heutzutage eine global wirkende Institution mit 1.500 hervorragenden Wissenschaftlern als Mitgliedern, wobei mehr als ein Viertel nicht aus Deutschland, sondern aus über 30 anderen Ländern kommt. Zu unseren Kernaufgaben gehört es daher, in verschiedenen Netzwerken europäischer und globaler Wissenschaftsakademien die Gemeinwohlorientierung hervorragender Forschung zu fördern.

[3. Themen der wissenschaftsbasierten Beratung auf europäischer Ebene]

Meine Damen und Herren,

so vielfältig, wie Europas Chancen und Herausforderungen sind, so vielfältig können auch die Beiträge der Wissenschaft sein, solche Chancen zu verwirklichen und solche Herausforderungen zu bewältigen. Denken Sie nur an klassische Felder der europäischen Politik wie die Währungsunion und die Energieversorgung, den Umwelt- und den Verbraucherschutz. Oder stellen Sie sich vor, wie intensiv zukünftig beispielsweise Bildungsforscher, Kulturwissenschaftler, Psychologen und Experten für öffentliche Gesundheitsvorsorge zusammenarbeiten müssen, wenn sie die Integration der Flüchtlinge in der Europäischen Union bestmöglich unterstützen wollen.

Die Leopoldina arbeitet seit vielen Jahren eng mit anderen nationalen Wissenschaftsakademien Europas zusammen, um gesellschaftliche Herausforderungen mit engem Wissenschaftsbezug und transnationaler Relevanz bewältigen zu helfen. Dabei ist es unser Ziel, die Ressourcen der Forschung für die Identifikation, Bewertung und Umsetzung evidenzbasierter politischer Maßnahmen zu erschließen. „Evidenzbasierung“ heißt im Anschluss an den englischen Sprachgebrauch – der sich auch in Deutschland immer stärker durchsetzt –, dass Behauptungen über den Ressourcenverbrauch, den politische Maßnahmen nach sich ziehen, über ihre Zweckmäßigkeit, über ihre Nebenfolgen und über andere Aspekte staatlicher Entscheidungen empirisch belegbar sind.

Wissenschaftsbasierte Beratung mit dem Zweck, die Evidenzbasierung staatlicher Entscheidungen zu erhöhen, umfasst zahlreiche Aufgaben: von der Erkennung und Gewichtung gesellschaftlicher Herausforderungen über die systematische Darstellung von Alternativen für die Problemlösung und ihren jeweils zu erwartenden Folgen bis zur Bewertung der Ergebnisse der tatsächlich verwirklichten Maßnahmen. Hierfür verfügt die Leopoldina mittlerweile über ein differenziertes Instrumentarium der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Wissenschaftsakademien. Lassen Sie mich Ihnen einige Beispiele geben.

[3.1 Bilaterale Zusammenarbeit am Beispiel der Kooperation mit Frankreich]

Ein klassisches Werkzeug ist die bilaterale Kooperation mit einer anderen nationalen Wissenschaftsakademie. Ein großes Gewicht hat für uns die Zusammenarbeit mit Frankreich, die – wie Sie wissen – auch für die europäische Integration insgesamt weiterhin eine zentrale Rolle spielt. Symbolisch hierfür steht eine besondere Ehre, die mir im vergangenen Jahr zuteilwurde, als mich die Académie des Sciences als einzigen ausländischen Akademiepräsidenten zu den Feierlichkeiten einlud, die sie zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs veranstaltete.

Im Juni dieses Jahres haben die Académie des Sciences und die Académie des Technologies gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften – acatech und der Leopoldina eine Stellungnahme zu einem Politikfeld in Paris der Öffentlichkeit vorgestellt, von dem Sie wahrscheinlich nicht vermuten würden, dass es als naheliegendes Beispiel für deutsch-französische Verständigung dienen könnte. Ich meine die Kooperation bei der Umgestaltung nicht nur der jeweiligen nationalen Systeme für die Energieversorgung, sondern letztlich der gesamteuropäischen Energieversorgung. Ziel einer solchen Energiewende muss es ganz klar sein, eine Infrastruktur zu realisieren, welche die Emission von Treibhausgasen wie Kohlendioxid substantiell reduziert, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Alle beteiligten Akademien sind sich einig, ein gemeinsames Komitee einzurichten, das die hierfür erforderliche Transformation der europäischen Energieversorgung im Sinne der Evidenzbasierung politischer Maßnahmen beratend begleiten soll.

[3.2 Multilaterale Zusammenarbeit am Beispiel „Mastering Demographic Change“]

Meine Damen und Herren,

europäische oder gar globale Herausforderungen erfordern eine Zusammenarbeit, welche auf die Einbindung möglichst vieler betroffener Akteure angelegt ist. Der demographische Wandel gehört zu diesen Herausforderungen. Innerhalb der Europäischen Union heißt „demographischer Wandel“ vor allem, dass niedrige Geburtenzahlen, die Alterung der Bevölkerung und zunehmende Migration als Randbedingungen für langfristig wirksame politische Entscheidungen ernst genommen werden müssen – und seit den jüngsten Migrationsbewegungen mehr denn je.

In enger multilateraler Zusammenarbeit mit sieben weiteren europäischen nationalen Wissenschaftsakademien hat die Leopoldina daher im Juni 2014 die Stellungnahme „Mastering Demographic Change in Europe“ veröffentlicht. Wir fordern ein europäisches politisches Konzept, das den gesamten Lebenslauf der Menschen einbezieht sowie gesundheits-, bildungs-, arbeits- und wohnungspolitische Maßnahmen integriert. Wir werden die Ergebnisse dieser multilateralen Kooperation in einer Arbeitsgruppe wieder aufgreifen, die momentan im Entstehen begriffen ist und die sich interdisziplinär mit Migration und demographischem Wandel auseinandersetzen wird.

Bei einem solchen Thema ist Interdisziplinarität – also die Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Wissenschaftsdisziplinen – besonders wichtig. Denn die öffentliche Diskussion ist häufig geprägt von Äußerungen aus jeweils nur einer einzelnen Perspektive – etwa der ökonomischen, juristischen oder medizinischen. Diese Blickwinkel sind selbstverständlich an sich legitim, aber sie können jeweils nur einen kleinen Ausschnitt der Gesamtsituation betrachten. Von Seiten der Wissenschaft ist Interdisziplinarität von Arbeitsgruppen ein probates Mittel gegen die drohende Dominanz einzelner Perspektiven, und die Akademien sind als genuin fächerübergreifende Institutionen reich an Erfahrungen in der interdisziplinären Kooperation.

[3.3 Kooperation in Netzwerken am Beispiel EASAC]

Meine Damen und Herren,

für jedes Politikfeld immer wieder aufs Neue eine Form der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Akademien zu etablieren, wäre letztendlich ineffizient. Wir würden dann auch für die Institutionen der Europäischen Union kaum ein klar identifizierbarer und verlässlicher Ansprechpartner sein. Daher haben sich die nationalen Wissenschaftsakademien der EU-Mitgliedsstaaten im Jahre 2001 im European Academies' Science Advisory Council (kurz: EASAC) zusammengeschlossen.

Die EASAC-Geschäftsstelle befindet sich seit 2010 an der Leopoldina in Halle und koordiniert die Erarbeitung von Stellungnahmen, Berichten und populärwissenschaftliche Schriften zu aktuellen gesellschaftsrelevanten Themen. Die Anregungen hierzu kommen aus den Mitgliedsakademien selbst oder werden von Institutionen wie der EU-Kommission und dem EU-Parlament an EASAC herangetragen.

Die EASAC-Stellungnahmen sind direkt an die Institutionen der Europäischen Union gerichtet und beschäftigen sich vor allem mit den Bereichen „Energie“, „Umwelt“ und „Biowissenschaften“. Ihre Themen kennen Sie aus Presseschlagzeilen und Fernsehnachrichten – ich nenne hier nur die Stichworte „Fracking“, „Kernbrennstoffentsorgung“, „Klimawandel“, „Antibiotikaresistenzen“ und „genmodifizierte Getreidesorten“. Die Beratung der Europäischen Union durch EASAC zu solchen Themen ist nicht zuletzt auch für die Wissenschaft selbst von Bedeutung, da die EU im Rahmen ihres gegenwärtigen Forschungsförderungsprogrammes „Horizon 2020“ zwischen 2014 und 2020 ca. 80 Milliarden Euro in die Forschungsförderung investiert, so dass Hinweise auf offene Forschungsfragen und innovative Forschungsfelder für die europäische Wissenschaftspolitik relevant sein können.

[3.4 Globale Zusammenarbeit am Beispiel G7]

Meine Damen und Herren,

wenn eine wissenschaftliche Institution wie die Leopoldina auf europäischer Ebene Politik und Öffentlichkeit beraten will, dann muss sie die Einbettung Europas in die internationale Staatenwelt und damit die globale Dimension nahezu aller großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sehr ernst nehmen. Daher ist die Leopoldina immer stärker weltweit aktiv. Auch hierfür möchte ich Ihnen ein Beispiel geben.

Das jährliche Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten wird seit zehn Jahren von den Wissenschaftsakademien dieser Länder begleitet. Sie befassen sich im Vorfeld eines Gipfels mit wissenschaftsbezogenen Fragen, die im Zusammenhang mit der politischen Agenda stehen und multilateral angegangen werden müssen. Federführend ist jeweils die Wissenschaftsakademie des Gastgeberlandes – im Jahr 2015 ist dies zum zweiten Mal die Leopoldina gewesen.

Unter unserer Federführung haben die Akademien auf zwei Vorbereitungstreffen in Halle und Berlin Stellungnahmen erarbeitet, die vor dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau im Juni an die Staats- und Regierungschefs gerichtet wurden. Wir haben uns in diesem Jahr mit drei Fragen befasst: Welche Antibiotika können Infektionskrankheiten auch künftig wirksam behandeln? Wie können Tropenkrankheiten, die vor allem den Menschen in den ärmsten Regionen der Welt zusetzen, besser bekämpft werden? Welche Maßnahmen können die Nutzung und den Schutz der Meere nachhaltig gestalten? Unsere Stellungnahmen konnten wir im April an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben und veröffentlichen. Wir haben uns sehr gefreut, dass die Staats- und Regierungschefs die Empfehlungen der G7-Wissenschaftsakademien aufgegriffen haben – alle drei Themen wurden im Abschlusscommuniqué erwähnt, und im Kampf gegen vernachlässigte Tropenkrankheiten wird den Akademien eine Rolle bei der Bestimmung der Bereiche mit dem dringendsten Bedarf zugesprochen. Ich möchte nicht unterlassen zu erwähnen, dass neben den nationalen Wissenschaftsakademien Deutschlands, der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und Kanadas – also der G7-Staaten – auch die Akademien Russlands, Indiens und Afrikas an der Erarbeitung der Stellungnahmen beteiligt waren.

[4. Die Haltung des wissenschaftlich informierten Realismus]

Meine Damen und Herren,

die Aktivitäten, von denen ich Ihnen soeben beispielhaft berichtet habe, betreffen jeweils einzelne überaus komplexe Themenfelder, zu denen die Wissenschaft verlässliche Informationen liefert, Handlungsalternativen beschreibt und Empfehlungen ausspricht. Gibt es aber auch einen allgemeineren Beitrag, den die Wissenschaft insbesondere zur europäischen Integration im Kontext der globalen Staatenwelt leisten kann?

Unser Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Eröffnungsrede zur 40. Interkulturellen Woche Ende September in Mainz das – wie er es nannte – „zentrale Dilemma unserer Tage“ folgendermaßen beschrieben:

„Dem humanen Wollen zur möglichst unbegrenzten Hilfe stehen am Ende doch immer begrenzte Möglichkeiten gegenüber. [...] Indem wir diese Spannung erkennen zwischen dem Wollen und dem Können, öffnen wir uns für die Schwierigkeiten, die vor uns liegen. Es gilt, in einem Wertekonflikt kluge Entscheidungen zu treffen.“¹

Die Migrationsbewegungen unserer Tage stellen uns alle auf eine dramatische Weise vor Fragen, die wir ansonsten gerne den Experten überlassen: Wie wägen wir zum Beispiel die Zwecke unseres Gemeinwesens – etwa die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und die Gewährung von Schutz für politisch Verfolgte – gegeneinander ab? Hier geht es um den Ausgleich zwischen universellen Rechtsgütern und damit um grundlegende Anforderungen an gerechtes staatliches Handeln. Eine weitere Frage lautet: Wie setzen wir die endlichen Ressourcen, die uns für unser gemeinschaftliches Handeln zur Verfügung stehen, so ein, dass Konflikte zwischen legitimen Interessen nicht verschärft werden? Hier müssen wir über die Zukunftstauglichkeit und damit Nachhaltigkeit staatlicher Entscheidungen diskutieren.

Angesichts solcher Fragen forderte der Bundespräsident in seiner bereits zitierten Rede:

„Wir brauchen gründliche Analysen und eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir eine humane Aufnahmepolitik und eine gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft auch in Zukunft sichern können. Einem Gedanken meines Vorgängers Johannes Rau folgend, sollten wir uns dabei ‚weder von Ängsten noch von Träumereien‘ leiten lassen.“²

Sich in diesem Sinne weder von Ängsten noch Träumereien leiten zu lassen, heißt positiv formuliert, einen realistischen Blick auf die gegenwärtige Lage zu werfen. Dafür können ganz verschiedene Wissenschaften eine enorme Hilfe sein, wenn sie auch die ethischen Aspekte ernst nehmen, die solche Herausforderungen wie die Migrationsbewegungen in Europa ganz entscheidend prägen. Ich möchte dafür plädieren, dass ein wissenschaftlich informierter Realismus als Haltung von Bürgerinnen und Bürgern, Politikern und Politikerinnen angesichts der großen Herausforderungen für Europa am angemessensten ist.

¹ Beide Zitate finden sich in: Bundespräsident Joachim Gauck: *Zum Auftakt der 40. Interkulturellen Woche am 27. September 2015 in Mainz*, S. 7 (verfügbar unter http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/09/150927-Interkulturelle-Woche-Mainz.pdf?__blob=publicationFile – letzter Zugriff am 28. Oktober 2015).

² Bundespräsident Joachim Gauck: *Zum Auftakt der 40. Interkulturellen Woche am 27. September 2015 in Mainz*, a.a.O., S. 3.

[5. Fakten so umfassend und objektiv wie möglich erschließen und auswerten]

Meine Damen und Herren,

ein wissenschaftlich informierter Realismus versucht zu allererst, die empirisch feststellbare Faktenlage zu einer gesellschaftlichen Herausforderung so umfassend und objektiv wie möglich zu erschließen und auszuwerten: Was wissen wir zum Beispiel eigentlich über die Flüchtlinge, über ihren Gesundheitszustand und ihre Qualifikationen? Was für Ressourcen können wir in bestimmten Regionen innerhalb welcher Zeiträume für die Betreuung von Migranten mobilisieren? An welche erfolgreichen Integrationsprogramme können wir etwa im Schul- und Hochschulbereich anschließen, um Flüchtlinge aus- und weiterzubilden?

Ein Beispiel dafür, wie Wissenschaftsinstitutionen in kurzer Zeit und trotz schwieriger Faktenlage zur öffentlichen Diskussion um sinnvolle politische Maßnahmen angesichts der Migrationsbewegungen nach Deutschland beitragen können, bietet die Kurz-Stellungnahme „Zur Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden“³. Wir haben sie gemeinsam mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften Mitte Oktober veröffentlicht.

Sie können sich vorstellen, dass die gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden das deutsche Gesundheitssystem vor gewaltige neue Aufgaben stellt. Daher ist es wichtig, Prioritäten zu setzen. Wir haben uns auf fünf Handlungsfelder konzentriert, die aus unserer Sicht besonders dringlich sind: erstens auf die gesundheitliche Untersuchung und Versorgung in Erstaufnahmeeinrichtungen; zweitens auf die Behandlung von psychischen Erkrankungen und Traumata; drittens auf die Deckung des Bedarfs an qualifiziertem Personal; viertens auf die Einbeziehung sprachlicher und kultureller Aspekte; und fünftens auf die Verbesserung der Daten- und Forschungslage.

In unserer Stellungnahme favorisieren wir eine medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen durch spezialisierte Polikliniken. Diese sollten sich vor allem durch vier Eigenschaften auszeichnen. Erstens sollte in ihnen kultur- und religionssensitive medizinische Expertise vorhanden sein. Zweitens sollten Dolmetscher möglichst mit medizinischem Zusatzwissen eingesetzt werden. Drittens sollten diese Polikliniken von Anfang an in die Organisation von Erstaufnahmeeinrichtungen eingebunden sein. Und viertens sollten sie eng mit Krankenhäusern, der Ärzteschaft vor Ort und den Sozialträgern vernetzt sein.

³ Siehe Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und Union der deutschen Akademien der Wissenschaften: *Zur Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden*, 2015 (verfügbar unter http://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2015_Gesundheit_Asylsuchende_01.pdf – letzter Zugriff am 28. Oktober 2015).

[6. Grenzen des empirischen Wissens und ethische Konflikte]

Meine Damen und Herren,

die empirischen Fakten so umfassend und objektiv wie möglich zu erschließen und auszuwerten ist nur der erste Schritt, wenn sich beispielsweise die Leopoldina in ihrer wissenschaftsbasierten Beratung mit einem Thema auseinandersetzt. Unsere Arbeitsgruppe, welche die von mir gerade erwähnte Stellungnahme zur Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden erstellt hat, musste sehr schnell feststellen, dass wir im Grunde genommen nicht über ausreichend verlässliche Daten über die gesundheitliche Situation der Migranten verfügen. Deshalb mussten wir uns in einem hohen Maße auf die Einschätzungen erfahrener Wissenschaftler und Gesundheitsexperten verlassen. „Wissenschaftlich informierter Realismus“ heißt in dieser Hinsicht, so explizit wie möglich auf die jeweiligen Grenzen unseres Wissens hinzuweisen sowie den Bedarf an weiteren Datenerhebungen und künftiger Forschung klar darzustellen.

Indirekt weist die Wissenschaft, wenn sie solche Grenzen unseres Wissens aufzeigt, Politikerinnen und Politiker darauf hin, wo sie besondere Verantwortung übernehmen, weil sie auch ohne verlässliche Faktenbasis entscheiden müssen. Dann spielen Überlegungen normativer Art eine noch wichtigere Rolle als sonst.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in einer solchen Situation beratend tätig sind, tun gut daran, die moralischen Motive, welche die Beteiligten bewegen, und die Wertkonflikte, welche die einzelnen Beteiligten oft auch mit sich selbst austragen, als wesentliche Faktoren bei der Einschätzung der betreffenden Situation anzuerkennen: Welche Gründe sprechen beispielsweise dafür und dagegen, dass legitime Sicherheitsbedenken gegenüber dem Wunsch zu helfen zurücktreten? Welche Gründe sprechen für oder gegen eine Zusammenarbeit mit Staaten, die unseren Vorstellungen eines liberalen Rechtsstaats nicht genügen?

Die Wissenschaft hat vor allem im zwanzigsten Jahrhundert lernen müssen, dass ihre Forschungstätigkeit nicht von ethischen Dilemmata verschont bleibt. Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich etwa mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen, so gehört es zu den grundlegenden Erfahrungen, dass sie es mit Herausforderungen zu tun haben, bei denen Wertkonflikte eine prägende Rolle spielen.

Experten sprechen hier häufig von dem sogenannten „Trade-off“ beispielsweise zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielen. Angesichts der endlichen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, und den Unsicherheiten, mit denen unser Handeln behaftet ist, können realistischer Weise nicht alle legitimen Werte wie Gerechtigkeit, Sicherheit und materieller Wohlstand gleichzeitig im selben Maße verwirklicht werden. Die Suche nach einer konsensfähigen und nachhaltigen Strategie für den Umgang der

Europäischen Union mit den gegenwärtigen Migrationsbewegungen ist ein solcher Prozess der Abwägung zwischen Werten, denen wir einerseits als Europäer verpflichtet sind, die aber andererseits zuweilen in Konflikt miteinander stehen.

[7. Abschließende Bemerkungen]

Meine Damen und Herren,

der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger fragt in seinem vergangenes Jahr erschienenen Buch „Weltordnung“: „Wie viel Einheit braucht Europa, und wie viel Verschiedenheit hält es aus?“ Und er fügt hinzu, dass die Umkehrung dieser Frage ebenso wichtig und langfristig wohl noch grundlegender sei: „Wie viel Vielfalt muss sich Europa angesichts seiner Geschichte bewahren, um zu einer sinnvollen Einheit zu gelangen?“⁴

Auf dem Weg zu einem neuen Leitbild für die europäische Integration ist diese Suche nach einem Gleichgewicht von Identität und Diversität eine der wesentlichen Herausforderungen. Wenn sich Wissenschaftsakademien wie die Leopoldina forschend und beratend in die öffentliche Debatte einbringen, dann helfen sie mit, scheinbar unauflösliche Konflikte in Antriebskräfte für die nachhaltige Entwicklung Europas zu verwandeln. Das ist zumindest die Hoffnung, die ich mit der Haltung des wissenschaftlich informierten Realismus verbinde.

Gewiss können die Wissenschaften alleine kein wirksames Leitbild für die Zukunft Europas entwickeln. Aber ich bin der Überzeugung, dass es ohne eine stärkere Einbindung der Wissenschaften in die öffentliche Meinungsbildung und politische Entscheidungsfindung angesichts der gegenwärtigen Krise zu keiner gemeinsamen und zukunftsfähigen Orientierung für die europäische Integration kommen wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

⁴ Beide Zitate finden sich in: Henry Kissinger: *Weltordnung*, München 2014, S. 109.